



Bezirk
Frankfurt

GERECHT GEHT ANDERS.

KURSWECHEL FÜR EIN GUTES LEBEN!



DAS NENNT IHR GERECHT?

„Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt!“ Das verkündet Kanzlerin Merkel derzeit landauf, landab. Wen meint sie? Die Beschäftigten in den Betrieben? Rentnerinnen und Rentner? Arbeitslose die mit 359 Euro, demnächst vielleicht 364 Euro klar kommen müssen?



Wir haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt, im Gegenteil.

In den letzten zehn Jahren haben wir eine Sozialkürzung nach der anderen erlebt. Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, immer mehr Unsicherheit, befristete Jobs, Leiharbeit, Lohndumping. Die Kaufkraft von Beschäftigten und Erwerbslosen, Rentnerinnen und Rentnern sank.

Umverteilung von unten nach oben

Massiv über unsere Verhältnisse gelebt haben Manager, Großunternehmer, Spekulanten und andere Reiche. Und die Politik hat mit immer neuen Steuergeschenken kräftig dazu beigetragen. Mit dem Geld wurden die Finanzmärkte immer weiter aufgeblasen. Banken und Finanzfonds haben das hemmungslos vorangetrieben und prächtig dabei verdient.



Umverteilung von unten nach oben ist verantwortlich für die schwache Nachfrage, die schwere Krise und die hohe Arbeitslosigkeit.

Das Platzen der Spekulationsblase hat die Finanzmärkte und die ganze Wirtschaft fast in den Abgrund gerissen. Die Regierungen mussten weltweit Hunderte von Milliarden für Bankenrettung und Konjunkturpakete locker machen. So konnte das Schlimmste verhindert werden. Der Absturz wurde gebremst. Auch der Anstieg der Arbeitslosigkeit.

Wer zahlt die Zeche?

Wegbrechende Steuereinnahmen und hohe Ausgaben für Rettungs- und Konjunkturpakete haben die Neuverschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden auf 120 Milliarden Euro im Jahr 2010 hoch getrieben. Wegen der selbst verordneten „Schuldenbremse“ muss allein der Bund sein Defizit

bis 2016 von 65 auf unter zehn Milliarden Euro senken.

Was macht die schwarz-gelbe Regierung? Statt endlich die Verursacher und Profiteure zur Kasse zu bitten, sollen vor allem die Ausgaben gekürzt werden. Und das hauptsächlich im Sozialbereich und beim öffentlichen Personal. Auch in Ländern, Städten und Gemeinden drohen heftige Kürzungen und Personalabbau. Die Kaufkraft und damit die Konjunktur wird geschwächt.



**Wir haben die Krise nicht verursacht –
trotzdem sollen wir nun die Zeche zahlen.**

Reiche, Unternehmer und Spekulanten dagegen werden geschont. Dabei haben sie die Krise bereits wie ein nasser Hund das Wasser abgeschüttelt. Inzwischen gibt es in Deutschland 860.000 Millionäre – so viel wie nie zuvor.



ARBEITEN BIS 67

Erst mit 67 Jahren in Rente? Ein großer Teil der Beschäftigten hält nicht einmal bis 65 durch. Viele Ältere sind arbeitslos und haben kaum Chancen, noch mal einen Arbeitsplatz zu finden.

Altersarmut droht

Rente mit 67 heißt deshalb: Rentenkürzung für alle, die früher in Rente gehen. Schon heute müssen über die Hälfte aller Rentnerinnen und Rentner deshalb monatliche Abschläge von durchschnittlich rund 100 Euro in Kauf nehmen. Zusätzlich wurden die Renten bereits durch „Riester-Faktor“ und „Nachhaltigkeitsfaktor“ gekürzt.



Rente mit 67 bedeutet für Millionen Menschen weitere Rentenkürzung.

Immer mehr Menschen finden nur noch Teilzeit- oder Niedriglohnjobs. Entsprechend wenig können sie für die Rente einzahlen. Die Rentenbeiträge für Langzeitarbeitslose wurden erst massiv gekürzt und sollen jetzt ganz gestrichen werden. Altersarmut wird so in Zukunft zu einem Massenphänomen. Ende 2010 muss die Bundesregierung überprüfen, ob die Rente mit 67 vertretbar ist. Eigentlich müsste das Ergebnis klar sein: unvertretbar!

Umverteilung von unten nach oben

Alle Prognosen gehen davon aus, dass die Wirtschaftsleistung Deutschlands weiter wachsen und die Bevölkerungszahl sinken wird. Deshalb gibt es in Zukunft pro Kopf mehr und nicht weniger zu verteilen. Nur der Anteil der Älteren wird steigen.



Nicht die Alterung der Bevölkerung, sondern Arbeitslosigkeit, Rentenkürzungen und Lohndumping gefährden die Rente.

Die Rente mit 67 soll den Anstieg der Beiträge zur gesetzlichen Rente bremsen. Doch davon haben die Beschäftigten nichts. Sie müssen länger arbeiten und bekommen eine niedrigere Rente oder müssen viel Geld für Zusatzvorsorge ausgeben, ohne Arbeitgeberbeitrag. Davon profitieren nur

die Unternehmer. Wer wenig verdient und es deshalb am nötigsten hätte, kann sich das kaum leisten.

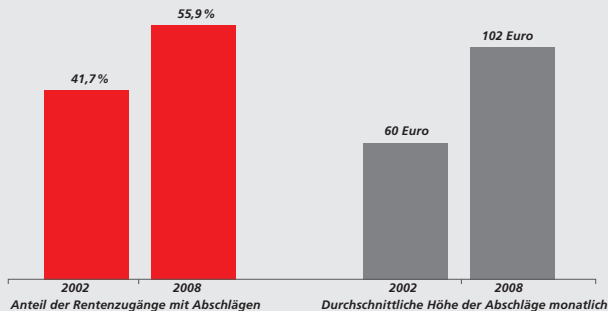
Deshalb fahren die Beschäftigten mit der gesetzlichen Rente wesentlich besser. Auch wenn der Beitragssatz in Zukunft steigen muss. Wenn die Löhne entsprechend der Produktivität steigen, würden die Beschäftigten trotzdem netto mehr haben.

Die Alternative

Die Rente muss vor Armut schützen und den Lebensstandard sichern. Der wachsende Reichtum muss bei den Beschäftigten ankommen und zur Finanzierung der Renten beitragen. Deshalb brauchen wir kräftige Einkommenssteigerungen und den gesetzlichen Mindestlohn.

- Die Rente mit 67 und die Rentenkürzungen müssen weg.
- Alle Erwerbstätigen müssen schrittweise in die gesetzliche Rente einbezogen werden.
- Es muss flexible Ausstiegsmöglichkeiten bis 65 geben und verbesserte Erwerbsminderungsrenten.
- Es muss wieder eine geförderte Altersteilzeit geben.

Immer mehr gehen mit Abschlägen in Rente



Schon in den vergangenen Jahren gingen immer mehr Menschen vorzeitig und mit Abschlägen von bis zu 18 Prozent in Rente. Mit der Rente mit 67 wird sich ihr Anteil noch mehr steigern.

Quelle: Statistik der deutschen Rentenversicherung

JUNG UND PREKÄR

Wer heute ins Berufsleben startet, hat es nicht leicht. Statt Traum-Ausbildung gibt es für viele nur Warteschleife oder Praktikum, Perspektive: unklar. Nach der Ausbildung wartet Unsicherheit: Übernahme? Befristung? Leiharbeit? Arbeitslosigkeit? So kann man keine Zukunft planen, von Familie ganz zu schweigen.

Immer mehr prekäre Arbeit

Nach der Krise gibt es mehr prekäre Arbeit und Risikobeschäftigung. Von April 2009 bis April 2010 wurden in Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Thüringen über 21.000 Leiharbeitsplätze aufgebaut und zugleich über 25.500 reguläre Arbeitsplätze vernichtet. 62,5 Prozent der Leiharbeiter/innen sind jünger als 40 Jahre (während nur 45 Prozent der regulär Beschäftigten unter 40 sind). Jede/r fünfte Deutsche arbeitet zu Niedriglöhnen, Tendenz steigend. Die Zahl der von Verschuldung betroffenen Jugendlichen hat sich von 2004 bis 2009 fast verdoppelt.





Leiharbeit, Befristungen und Niedriglöhne nehmen zu. Betroffen ist vorwiegend die junge Generation.

Fachkräfte sind Mangelware

Die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte nimmt ab. Es fehlt an Hochqualifizierten. Belegschaften altern und werden nicht ausreichend weiterqualifiziert. Die Folge: 2009 sind aus Deutschland 70.000 Fachkräfte mehr aus- als eingewandert. Auch innerhalb Deutschlands verlassen Fachkräfte strukturschwache Regionen. So verliert Thüringen nahezu ein Drittel seines Erwerbspersonenpotentials und wird 80.000 Fachkräfte bis 2015 benötigen. Zugleich ist die Qualität der Ausbildung verbesserungsbedürftig und für einen Großteil der Auszubildenden gibt es keine Perspektive auf Übernahme.



Während manche Unternehmen schon Fachkräfte im Ausland suchen, sind Jugendliche arbeitslos bzw. wandern ab.

Die Alternativen

Wir brauchen mehr duale Ausbildungsplätze statt Warteschleifen und überbetriebliche Ausbildungsplätze. Bildung darf keine Ware sein. Der Zugang zur betrieblichen Ausbildung muss erleichtert werden. Lernschwächere Jugendliche müssen besonders gefördert werden, damit uns hier nicht weiterhin Kompetenz verloren geht.

- Genug betriebliche Ausbildungsplätze und das Recht auf Weiterbildung für alle Beschäftigten
- Bessere Berufsorientierung für junge Menschen, das duale Ausbildungssystem auch für Abiturienten attraktiver machen
- Nachqualifizierung nicht ausgebildeter junger Erwachsener
- Gesetzliche Eindämmung von Leiharbeit und Befristungen

ZWEI-KLASSEN-MEDIZIN

Wer krank wird, ist froh über eine zuverlässige und gute Behandlung. Gerecht und solidarisch finanziert sollte sie sein. Diese Prinzipien werden immer weiter ausgehöhlt. Früher zahlten Arbeitgeber und Beschäftigte gleich viel in die Krankenkasse ein. Heute zahlen die Beschäftigten sowie Rentnerinnen und Rentner 0,9 Prozentpunkte mehr. Wenn eine Krankenkasse nicht mit dem Geld auskommt, verlangt sie von den Versicherten außerdem einen Zusatzbeitrag.

Die beitragspflichtigen Löhne und Gehälter stagnieren. Die Kosten steigen. In den kommenden Jahren drohen den Kassen Milliardendefizite. Um sie zu decken, plant die schwarz-gelbe Koalition weitere Erhöhungen für die Arbeitnehmer.

Für die Zukunft soll der Arbeitgeberbeitrag dann bei 7,3 Prozent eingefroren werden. Alle weiteren Kostensteigerungen sollen von den Versicherten allein getragen werden. Der Zusatzbeitrag würde dann in Form eines festen Euro-Betrags (Kopfauschale) immer weiter erhöht.



Schwarz-Gelb will Mehrbelastungen

Geringverdienende würden damit erheblich stärker, höher Verdienende geringer belastet. Das gilt trotz des angekündigten Sozialausgleichs. Diese „Rösler-Prämie“ ist nichts anderes als der erste Schritt zur Kopfpauschale. Für die große Mehrheit der Beschäftigten und der Rentnerinnen und Rentner bedeutet das höhere Beiträge. Die Arbeitgeber müssen weniger zahlen.



Die Pläne von Schwarz-Gelb bedeuten höhere Beiträge und weitere Leistungskürzungen.

Klassen-Medizin

Die geplanten Milliardenkürzungen bedeuten massiven Arbeitsplatzabbau in Krankenhäusern und Krankenkassen. Schlechtere Pflege für die Patientinnen und Patienten und noch mehr Hetze und Druck für die Beschäftigten werden die Folge sein. Wer es sich leisten kann, wird noch stärker als bisher privat vorsorgen.



Gesundheit hängt immer stärker vom Geldbeutel ab.

Die Alternative

Die IG Metall will den gleichen Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung für alle. Das garantiert die Bürgerversicherung, in die schrittweise alle Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden.

- Wer mehr verdient, soll auch mehr zahlen. Beiträge müssen auf alle Einkunftsarten erhoben werden.
- Zuzahlungen dürfen nicht ausgeweitet, sondern müssen wieder abgebaut werden.
- Die Arbeitgeber müssen den Krankenversicherungsbeitrag wieder zur Hälfte finanzieren.
- Keine Kürzungen zu Lasten der Versicherten oder der Beschäftigten im Gesundheitswesen.

STÄDTE UND GEMEINDEN IN NOT

Schwimmbäder, Büchereien, Theater werden geschlossen. Straßen und Gebäude verfallen. Gebühren für Kitas, Straßenreinigung, Büchereien werden erhöht. Der Bus- und Bahnverkehr wird ausgedünnt und teurer. Schon seit Jahren werden in Städten und Gemeinden Leistungen abgebaut und die Lebensqualität verschlechtert.

Schlechte Aussichten

Die Städte und Gemeinden wurden durch die Steuergeschenke der letzten Jahre finanziell ausgeblutet. Mit der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich die Lage weiter verschärft. Die Steuereinnahmen brachen ein, steigende Arbeitslosigkeits- und Sozialkosten müssen bezahlt werden. Zusätzlich wollen viele Länder ihre Finanzaufweisungen an die Städte und Gemeinden kürzen. Die Schuldenbremse zwingt auch die Länder ihre Defizite abzubauen – koste es was es wolle.



Die katastrophale Finanzlage der Städte und Gemeinden bedroht die Lebensqualität.

2009 fehlten den Städten und Gemeinden über sieben Milliarden Euro in den Kassen. Für 2010 rechnen sie mit einem doppelt so hohen Defizit. Es droht, dass noch mehr öffentliches Eigentum privatisiert und verschleudert wird.

Gewerbesteuer in Gefahr

Finanzminister Schäuble will nun auch noch die wichtigste Steuer der Gemeinden streichen – die Gewerbesteuer. Vor allem finanzschwache Gemeinden und Städte mit bisher hohen Gewerbesteuereinnahmen müssten dann einen hohen Zuschlag auf die Einkommensteuer erheben.



Abschaffung der Gewerbesteuer bedeutet Umverteilung zulasten der Bürgerinnen und Bürger.

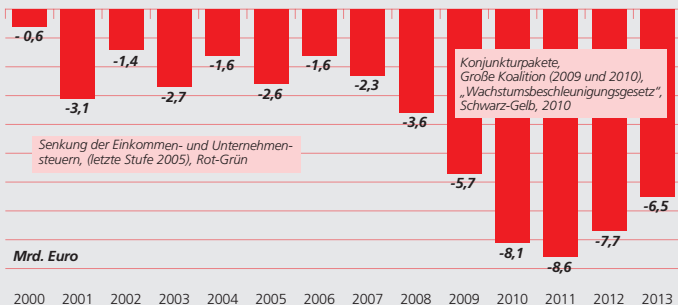
Die Alternativen

Städte und Gemeinden sind unsere unmittelbare Lebensumwelt. Hier wollen wir uns wohlfühlen und gute Bedingungen für uns und unsere Familien. Damit Städte und Gemeinden dies leisten und ihre sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben erfüllen können, müssen ihre Einnahmen gesichert und erhöht werden.

- Die Gewerbesteuer muss erhalten und zu einer Gemeindegewerbesteuer ausgebaut werden. Alle Betriebe und gut verdienende Selbständige müssen beitragen.
- Der Bund muss einen höheren Anteil an den Kosten für Arbeitslose übernehmen. Die Länder müssen ihre Zuweisungen erhöhen.
- Die am stärksten verschuldeten und unter besonders hoher Arbeitslosigkeit leidenden Städte und Gemeinden brauchen einen Rettungsschirm.
- Die Wiedereinführung der Vermögensteuer und höhere Steuern auf große Erbschaften bringen über 25 Milliarden Euro in die Kassen von Ländern und Gemeinden.

Städte und Gemeinden bluten aus

Einnahmeausfälle durch Steueränderungen seit 1998



Steuersenkungen reißen schon seit Jahren riesige Löcher in die Haushalte von Städten und Gemeinden. Aktuell geht die Hälfte des Rekorddefizits auf das Konto von Steuersenkungen.

Quelle: Eicker-Wolff/Truger

SOZIALER KAHLSCHLAG

Kanzlerin Merkel, Finanzminister Schäuble und Wirtschaftsminister Brüderle sind sich einig: „Wir dürfen nicht immer größere Schulden anhäufen. Das strenge Sparpaket war alternativlos.“ Es scheint ja auch klar: Gegen Schulden hilft nur sparen, streichen, kürzen. Bloß: es stimmt nicht!



Ohne die Steuergeschenke der letzten zehn Jahre wären keine „Sparpakete“ notwendig.

Der Schuldenberg ist seit der Krise um rund 200 Milliarden Euro auf fast 1,8 Billionen Euro gewachsen. Die Hälfte des Zuwachses geht auf das Konto der Bankenrettung. Doch schon vor der Krise haben die Regierungen jahrelang Steuergeschenke an Unternehmer, Vermögende, Spitzenverdiener und reiche Erben verteilt. Das hat zu Einnahmeausfällen von über 300 Milliarden Euro in den letzten zehn Jahren geführt.



Ärmere schröpfen, Reiche verschonen

Zur Bekämpfung der Krise war die hohe Neuverschuldung unvermeidlich. Jetzt wird sie zur Bedrohung. Durch die Schuldenbremse ist der Weg zu einem langsamen und verträglichen Abbau der Schulden verbaut.

Die schwarz-gelbe Koalition will die Schulden vor allem mit Ausgabenkürzungen begrenzen. Weniger Elterngeld und Wohngeld, kein Zuschlag mehr beim Übergang von ALG I in ALG II, Streichung von 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst. Vermögende, reiche Erben und Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen dagegen zahlen keinen Cent, Banken nur Peanuts.

Die Schuldenbremse wird damit zu einer Sozialbremse. Zugleich wird die Massenkaukraft geschwächt. Das kostet Beschäftigung. Weitere Kürzungen sind vorprogrammiert.



**Die Ausblutung des Sozialstaats muss gestoppt werden.
Gerechte Steuern sind die Alternative.**

Die Alternativen

Der Sozialstaat darf nicht ruiniert werden. ver.di will die Staatsfinanzen stärken und mehr Steuergerechtigkeit. So könnte der Staat pro Jahr rund 75 Milliarden Euro mehr einnehmen als heute.

- Schluss mit der Steueroase Deutschland für Reiche! Die Vermögensteuer muss wieder eingeführt und große Erbschaften müssen stärker besteuert werden.
- Der Höchststeuersatz bei der Einkommensteuer muss auf mindestens 50 Prozent erhöht und Steuerhinterziehung besser bekämpft werden.
- Finanzstarke Unternehmen müssen wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.
- Die Spekulanten müssen mit einer Finanztransaktionssteuer zur Kasse gebeten werden.

UNGESCHÜTZT UND ARM TROTZ ARBEIT

„Lohnsklavin im Luxushotel“ – immer wieder gibt es Beispiele von Frauen, die für weniger als drei Euro die Stunde Hotelzimmer reinigen. 1,2 Millionen Menschen arbeiten für weniger als fünf Euro. Immer mehr Firmen setzen anstatt auf reguläre Beschäftigung auf Leiharbeit, Befristung, Minijobs oder Scheinselbstständigkeit. Die Leute bekommen weniger Geld und fliegen ruck zuck wieder raus, wenn sie gerade nicht gebraucht werden. Oder wenn sie aufmucken.

Lohndumpingpolitik

Die Politik hat durch gesetzliche Neuregelungen die Tore für Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und verschärfte Ausbeutung immer weiter geöffnet. Seit der Einführung von Hartz IV sind Arbeitslose gezwungen, jeden Job anzunehmen. Und Arbeitgeber nutzen dies gnadenlos aus.



Immer mehr Lohndumping durch Leiharbeit, Befristungen, Minijobs, Scheinselbstständigkeit und Hartz IV-Aufstockerei.

Inzwischen verdienen rund 1,4 Millionen Beschäftigte so wenig, dass sie zusätzlich auf Hartz IV angewiesen sind. Darunter jede und jeder zehnte



Leiharbeits-Beschäftigte. Diese Aufstockerei kostet den Staat rund zehn Milliarden Euro im Jahr. Damit zahlen wir auch noch die Zeche für die Lohndrücke-
ckerei der Arbeitgeber.

Ab Mai 2011 gilt auch für die neuen Mitgliedsländer die volle Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. Firmen können dann Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Polen, Rumänien usw. bei uns beschäftigen. Wenn nicht ein gesetzlicher Mindestlohn es verhindert, droht Lohndumping in neuer Dimension. Auch die Tarifverträge geraten unter verstärkten Druck.

Von den Nachbarn lernen

Die schwarz-gelbe Bundesregierung will keinen gesetzlichen Mindestlohn. Angeblich würden so Arbeitsplätze vernichtet. Die Realität in den Ländern, die einen Mindestlohn haben, sieht jedoch anders aus. Vielfach stieg sogar die Beschäftigung. Überall wurden Lohnunterschiede und die Lohndiskriminierung von Frauen reduziert.



20 von 27 EU-Ländern haben einen gesetzlichen Mindestlohn – mit guten Erfahrungen.

Die Alternative

Wir brauchen Arbeit mit gutem Lohn und sozialer Sicherheit, um unser Leben gestalten zu können. Lohndumping muss überall ein Riegel vorgeschoben werden.

- Deutschland braucht den gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro.
- Leiharbeit muss strikt begrenzt und gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchgesetzt werden.
- Befristungen und Scheinselbstständigkeit müssen zurückgedrängt, Minijobs dürfen nicht mehr subventioniert werden.
- Das Arbeitslosengeld II muss deutlich erhöht und Erwerbslose müssen vor Zwang zu unzumutbarer Arbeit geschützt werden.

GERECHT GEHT ANDERS!

„Es gibt keine Alternative“, dies ist das Lieblingsargument der schwarzen Bundesregierung. Doch die Politik der Sozialkürzungen und der Umverteilung von unten nach oben ist weder alternativlos noch gerecht. Und sie ist auch noch schädlich für Konjunktur und Arbeitsplätze. Gerecht geht anders!

Gerechte Politik

Zur Überwindung der Krise, für gute Arbeit, Einkommen und sozialen Fortschritt brauchen wir eine andere Politik, einen Richtungswechsel: Keine Kürzungen, sondern mehr öffentliche Investitionen und Beschäftigung – im ökologischen Umbau, in Kinderbetreuung und Bildung, Gesundheit, sozialen Diensten und Kultur.

So können wir dauerhaft zwei Millionen Arbeitsplätze schaffen, gute Arbeit, sinnvolle Arbeit, die gebraucht wird. Für bessere Lebensbedingungen und Zukunftschancen für unsere Kinder.



Gerecht ist soziale Sicherheit, gute Arbeit und gutes Einkommen für alle.

Gerechte Verteilung

Es muss Schluss sein mit Lohndumping und Hungerlohn-Jobs. Alle Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Dazu brauchen wir reguläre, sozialversicherte, tariflich bezahlte Arbeitsplätze statt mieser Jobs, und den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro.

Auch wer keine Arbeit hat, muss in Würde leben können. Wer krank ist, muss unabhängig vom Einkommen gut versorgt werden. Und im Alter wollen wir eine gute Rente. Das alles kann diese reiche Gesellschaft sich leisten.

Das alles kann und muss gerecht und solide finanziert werden. Die Spekulanten und Profiteure des Finanzkapitalismus und der Rettungspakete müssen für die Kosten der Krise zur Kasse gebeten werden. Reiche, Leute mit hohem Einkommen und finanzstarke Unternehmen müssen wieder einen gerechten Beitrag leisten für die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben.



**Umverteilung aber richtig:
von oben nach unten, nicht umgekehrt.**

Die Politik der Marktgläubigen, der Gegner des Sozialstaats, der Interessenvertreter der Reichen und des Kapitals hat sich blamiert. Aber freiwillig machen sie keine gerechte Politik. Wir brauchen starke Gewerkschaften und wir müssen Druck machen, sonst ändert sich nichts.

Deshalb rufen IG Metall und die anderen Gewerkschaften zu Aktionen und Veranstaltungen auf. In möglichst vielen Orten, Betrieben und Verwaltungen. Wir wollen Bündnisse bilden, gemeinsam mit sozial engagierten Menschen aus Organisationen, Initiativen, Kirchen und Vereinen.



- **10. November** in **Frankfurt am Main**
- **11. November** in **Kaiserslautern**
- **12. November** in **Koblenz**
- **13. November** in **Erfurt**

www.igmetall-bezirk-frankfurt.de



Name _____ Vorname _____
Straße/Hausnummer _____
Postleitzahl/Wohnort _____
Telefon _____ Geburtsdatum _____
E-Mail _____

Betrieb: Name und Ort _____
 männlich weiblich vollzeitbeschäftigt teilzeitbeschäftigt
 Auszubildende/r bis: _____ Student/in
 gewerbli. Arbeitnehmer/in Angestellte/r kaufm. techn. Meister
Nationalität _____
Mitgliedsbeitrag (1 % des monatl. Bruttoverdienstes) _____ ab Monat _____
geworben durch (Name und Betrieb) _____

Einzugsermächtigung/Bankverbindung

Kto.Nr. _____ Bankleitzahl _____
Name des Kreditinstituts _____
in PLZ _____ Ort _____

Ich bestätige die Angaben zu meiner Person, die ich der IG Metall zum Zwecke der Datenerfassung im Zusammenhang mit meinem Beitritt zur Verfügung stelle.
Ich bin darüber informiert, dass die IG Metall zur Erfüllung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben und unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorschriften personenbezogene Angaben über Hiernit ermächtigt ich widerruflich die IG Metall, den jeweils von mir nach § 5 der Satzung zu entrichtenden Mitgliedsbeitrag von 1% des monatlichen Bruttoverdienstes bei Fälligkeit einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich nur schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Quartalsende gegenüber der IG Metall widerrufen. Änderungen meiner Daten werde ich unverzüglich der IG Metall mitteilen.

Ort/Datum/Unterschrift

IMPRESSUM:

Herausgeber

IG Metall-Bezirksleitung Frankfurt am Main

Wilhelm-Leuschner-Straße 93

60329 Frankfurt am Main

www.igmetall-bezirk-frankfurt.de

Redaktion: Dorothee Wolf; Alexander Scharff

Verantwortlich: Armin Schild

Gesamtherstellung: apm AG, Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Wir danken dem Ressort Wirtschaftspolitik der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft für die freundliche Unterstützung und Überlassung der Materialien.

